

Herausgegeben von Diether Dehm
mit Beiträgen von Gregor Gysi, Oskar Lafontaine,
Alexis Tsipras, Giuliano Pisapia, Pierre Laurent,
Sahra Wagenknecht, Konstantin Wecker u. a.

REVOLUTION FÜR EUROPA

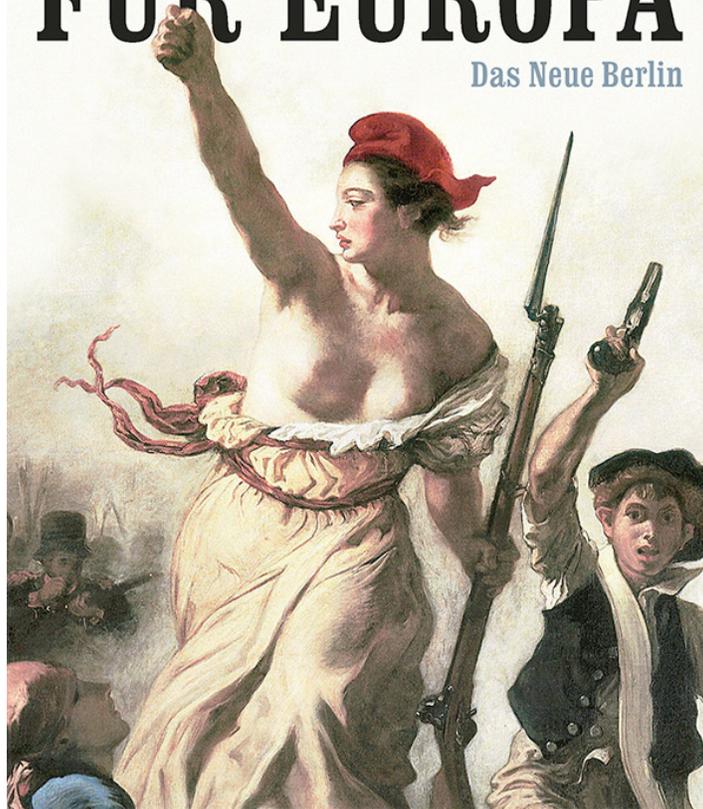
Das Neue Berlin



Herausgegeben von Diether Dehm
mit Beiträgen von Gregor Gysi, Oskar Lafontaine,
Alexis Tsipras, Giuliano Pisapia, Pierre Laurent,
Sahra Wagenknecht, Konstantin Wecker u. a.

REVOLUTION FÜR EUROPA

Das Neue Berlin



IMPRESSUM

ISBN eBook 978-3-360-50040-3

ISBN Print 978-3-360-02161-8

© 2013 Verlag Das Neue Berlin, Berlin

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin unter Verwendung des Gemäldes »La
Liberté guidant le peuple« (1830) von Eugène Delacroix

Das Neue Berlin Verlagsgesellschaft mbH

Neue Grünstraße 18, 10179 Berlin

Die Bücher des Verlags Das Neue Berlin
erscheinen in der Eulenspiegel Verlagsgruppe.

www.eulenspiegel-verlagsgruppe.de

REVOLUTION FÜR EUROPA

HERAUSGEGEBEN VON

DIETHER DEHM

DAS NEUE BERLIN

Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.

*Jean-Claude Juncker Premierminister Luxemburgs, 2005 –
2013 Chef der »Euro-Gruppe«
1999*

Innerhalb von nur fünfundzwanzig Jahren wird kein einziges europäisches Land mehr zu den Mächten zählen, die das Weltgeschehen bestimmen. [...]

Allerdings ist sowohl heute als auch morgen ein starkes und vereinigtes Europa der mächtigste und wohlhabendste Kontinent der Welt; reicher als Amerika, mächtiger als alle neuen Imperien zusammen.

*Daniel Cohn-Bendit / Guy Verhofstadt
»Für Europa«*

VORBEMERKUNG DES HERAUSGEBERS

Der Gedanke zur vorliegenden Streitschrift ist nicht neu, ich empfand die Dringlichkeit dieses Vorhabens im Verlaufe des letzten Jahres aber immer deutlicher. Denn es begann sich abzuzeichnen, welches Projekt die herrschenden Krisenpolitiker EU-weit verfolgen: Erfasste die Konstruktion des ESM noch »lediglich« die quasi zufällig in Not geratenen Länder und zwang diese aus ihrer Notlage heraus zu »Harmonisierungen« ihrer Haushalts-, Wirtschafts- und Sozialpolitiken auf niedrigstem Niveau, zeigten der Fiskalvertrag, die Verhandlungen zum nächsten MFR (mehrjähriger Finanzrahmen – der EU-Haushalt für die kommenden sieben Jahre), aber vor allem der von Angela Merkel vorgeschlagene und massiv vorangetriebene »Pakt für Wettbewerbsfähigkeit«, dass unter Ausschaltung des Zufalls nunmehr eine planvolle Methode verfolgt wird. Es geht darum, nicht nur die Länder, die sich aufgrund ihrer Haushaltslage nicht gegen die undemokratische und unsoziale Memorandenpolitik der Troika zur Wehr setzen können, zu »Reformen« zu zwingen. Ein am Neoliberalismus orientierter »Reform-Automatismus« soll für alle EU-Mitgliedstaaten installiert werden, damit die EU als geschlossener Block besonders die aufstrebenden Regionen der Welt niederkonkurrieren kann. Die EU will den Wachstumsschub vom Imperialismus-Junior in die Senior-League.

Über die damit verbundenen sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen ließe sich trefflich politisch streiten – dass diese Umbaumaßnahmen aber abseits jeglicher demokratischen Legitimation und parlamentarischen Kontrolle stattfinden, ist ausdrücklich kein Kriterium des Wettstreits der zugrundeliegenden politischen Überzeugungen und Weltanschauung. Wenn die Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mittels

völkerrechtlicher Verträge schlicht ausgehebelt werden, ist Widerstand das Gebot der Stunde!

Umso dringlicher ist es also, dass diese Schrift versucht, Gegenöffentlichkeit zur politisch und medial herrschenden Interpretation und Handhabung der Krise herzustellen. Der andere – und mir sehr am Herzen liegende – Aspekt besteht im Anspruch, der Krisen-Interpretationshoheit von Angela Merkel und der Troika nicht nur auf politischer Ebene entgegenzutreten, sondern dem »Herrschaftsmittel« der Entsolidarisierung der Völker Europas durch das Aufzeigen der Möglichkeiten von Kunst und Kultur entgegenzuwirken. Deshalb bin ich Konstantin Wecker und Giuliano Pisapia für ihre Beiträge sehr dankbar.

In diesem Buch mussten der europäischen Dimension der Krise entsprechend neben einigen »Grundlagentexten« (etwa das »Memorandum für Europa«) linke Stimmen aus den Ländern der EU vereint werden. So durften keinesfalls die Berichte von Alexis Tsipras aus dem »Versuchslabor Griechenland« und Maite Molas und Willy Meyers aus Spanien fehlen. Frankreich und der Beitrag von Pierre Laurent sind v. a. aus zwei Gründen interessant: Zum einen läuft dort gegenwärtig die französische Version der Agenda 2010 an. In Deutschland ist diese mit dem Namen des ehemaligen VW-Managers Peter Hartz und der Regierung Schröder/Fischer verbunden, in Frankreich sind es der ehemalige EADS-Chef Louis Gallois und der sozialistische Präsident Hollande. Es ist alarmierend zu sehen, dass sich die französische Regierung trotz Unbehagens offenbar nicht gegen den Druck von Kommission, deutscher Regierung und Märkten hin zu einem »marktkonformen« Umbau der französischen Gesellschaft wehren kann.

Mit dieser Veröffentlichung ist immerhin teilweise die Vernetzung und Zusammenarbeit von Linken in Europa erreicht. Nach außen vermag sie es hoffentlich, politische Alternativen aufzuzeigen – dies ist schließlich der Kerngedanke demokratischer Gemeinwesen: Mündige

Bürger wählen zwischen alternativen Politikangeboten. Und die Autoren dieser Schrift wollen sich nicht kampflos dem Diktum der Bundeskanzlerin unterwerfen, wonach es darauf ankäme, Demokratien marktgerecht zu formen. Im besten Fall steht am Ende dieses Kampfes wieder das Primat der Politik, bilden politische Willensäußerungen des Souverän die Grundlage von Handeln und Entscheiden der Regierungen und nicht profitorientierte Erpressungsmanöver von Großbanken und global agierenden Konzernen.

Warum also »Revolution«? Dies wird im Beitrag » Zur Erklärung einiger Begriffe« zwar näher bestimmt. Aber jede demokratische und soziale Reform trägt insofern bereits jetzt ihr revolutionäres Ziel als Keim in sich, als sie auf eine nichtmonopolistische Bündnisstruktur bauen muss. Forderungen mit dem Ziel der Überwindung der Diktatur des deutschen Troika-Imperialismus bedürfen heutzutage gesellschaftlicher Zustände, die wenigstens dem deutschen Grundgesetz und seiner demokratischen Sozial- und Rechtsstaatlichkeit entsprechen, doch in Wahrheit nicht weniger sind als ein solcher revolutionärer Aufbruch.

ZUR ERKLÄRUNG EINIGER BEGRIFFE

»Vereinigte Staaten von Europa« sind schon seit langem ein Traum großer demokratisch-revolutionärer Denker. Aber niemals ohne jene Skepsis, die aus den jeweils aktuellen Kräfteverhältnissen herrührt. So formulierte Lenin: »Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus [...] sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär« (AW I, 759). Das heutige Konzept der Europäischen Union ist als Staatenbund von »Vereinigten Staaten«, also einem einheitlichen (supranationalistischen) und föderal gegliederten Bundesstaat, ohnehin weit entfernt.

Linke Demokraten warnten davor, dass eine »Europäische Union« eine Schimäre werden könnte, ein begrifflicher Trojaner, den sich der deutsche Imperialismus als supranationalistisches Tarnkleid anlegen könnte. Wer realistisch Zwischenbilanz zieht, muss zugeben: Die Rhetorik à la »mehr EU« hat »mehr deutsche Bankenmacht« gebracht, dem rechten Nationalismus neue Hasen in die Küche getrieben und die Menschen gegeneinander aufgehetzt. Integration ist eben nicht durch Unterwürfigkeit, Addition und Zusammenschlagen zu erzielen. Und Solidarität ist keine Handelsware aus der »Nimm-Dynastie«, sondern eher aus dem »Reiche Gib«!

Im Bauch eines solchen trojanischen Pferdes haben die Herrschenden dann versucht, eine Verfassung für Europa unter die Völker zu schmuggeln. Es wurde ein Entwurf, der imperialistische Ambitionen kaum verschleiern wollte, offen der Barbarisierung der Märkte zugewandt. Aber mit diesem EU-Verfassungsentwurf haben die Herrschenden die Aufmerksamkeit ganzer Völker unterschätzt, denen sie die

Abstimmung erlauben zu können glaubten – und sie scheiterten damit kläglich.

Aus dieser Zeit stammt der dankenswert offene Satz von Jean-Claude Juncker:

»Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.«

(Der Spiegel 1999/52, S. 136)

Heimlichkeiten sind es, die diese EU auszeichnen, und so sollte kein Staub mehr um eine breit von den Menschen diskutierte Verfassung aufgewirbelt werden. Hinter dem Rücken der Völker wurde also ein neues, noch unleserlicheres Patchwork als Verfassungssurrogat geschnürt, der Lissaboner Vertrag. Die militärische Angriffslust der Herrschenden in Europa verbarg sich in Fragmenten, ihre Liebedienerei für Großkonzerne und Monsterbanken in Fußnoten und ihre Verhöhnung von rechtsstaatlich verfasster parlamentarischer Demokratie zwischen den Zeilen.

Einzig die Linke bestand auf einer »Verfassung für Europa«, weil sie primärrechtlich ein gleichberechtigtes Nebeneinander der Völker, einen radikalen Neustart für die EU als soziales, demokratisches, ökologisches und friedliches Europa verankert wissen will. In diesem Sinne, als Impuls für einen breiten Verfassungsdiskurs, haben Gregor Gysi und Oskar Lafontaine 2007 ein Memorandum vorgelegt. Für Europa!

Warum aber verwenden Autoren dieses Buches den Begriff »Revolution« – und warum noch immer? Und wie verwenden sie ihn? Und wofür? Seitdem braune Verbrecher und andere Putschisten, Autohersteller und Designer mit

»Revolution« für ihre Projekte geworben haben, mag dieses Wort manchem unbrauchbar geworden sein. Gleichwohl ist der Bruch mit den kapitalistischen Verhältnissen, besser gesagt: sind die Brüche mit den vom Monopolkapital gestalteten Ausplünderungs- und Ausrottungsstrukturen und deren räuberischen Feldzügen auf den fünf Kontinenten ohne einen renovierten Begriff von Revolution schwer vorstellbar.

Wie sähe aber eine revolutionäre Idee von Staat aus, ohne die auch ein staatsähnliches Nebeneinander in einem Europa nicht zu verfassung wäre? Und wie sieht die Souveränität der Völker, etwa in der Beziehung von nationalem Haushaltsrecht zu europäischen Finanz- und Wirtschaftskompetenzen, aus? Welche neue Geltung muss dabei Plebisziten eingeräumt werden?

Lenin war undogmatisch genug, Grundannahmen der »Staatszerschlagung«, die er im Gepäck aus dem Schweizer Exil mitgebracht und in »Staat und Revolution« – deutlich vor der Oktoberrevolution – niedergeschrieben hatte, relativ bald einer gründlichen Revision zu unterziehen. Schließlich war in seiner Rede »Über Sowjetmacht« vom »Absterben des Staates« o. Ä. kein Wort mehr zu finden. Wer also Lenin so selektiv liest wie Goethe, Max Weber wie Poulantzas, wie Gramsci und Brecht, wer sich also seine Philosophie nicht von irgendeiner Zitatenautorität geben lässt, sondern sich nimmt, sich selbständig zusammenklaut, statt zu glauben, wird sich den Begriff der Revolution auch nicht so schnell von Konterrevolutionären, welcher beruflichen Spielart auch immer, nehmen lassen. Er bleibt ein Kind der Aufklärung und damit der französischen Revolution als dem bedeutendsten zivilisatorischen Aufbruch in der nach oben offenen Richterskala der Welterschütterungen.

Dass Putschismus und Staatszerschlagung dem Revolutionsbegriff anhaften, hängt mit der subkomplexen Staatstheorie des klassischen Marxismus zusammen. Marx

und Lenin waren in beiden Internationalen, wenn schon nicht im Bündnis mit Anarchisten, so doch in einer taktischen Nähe zu Bakunin und Nachfolgern des gegenseitigen Eher-nicht-vor-den-Kopf-Stoßens. Ihr Plädoyer für das »Absterben des Staats« wurde mit einer als kurzfristig verstandenen Zeitperspektive verbunden. In Wahrheit aber meinten sie das Zurücknehmen staatlicher Institutionen in die Gesellschaft je nach Reife und demokratischem Status derselben, eine sich kulturell, moralisch und philosophisch ermächtigende Gesellschaft, die die Vernunft äußerer Zwänge (selektiv) zum inneren Motiv macht.

Das »Zerschlagen des bürgerlichen Staates« als revolutionärer Prozess oder gar eine heute proklamierte Festlegung, ob künftige Generationen dermaleinst ausschließlich Räte oder möglicherweise auch parlamentarische Institutionen verwenden, bleibt dem Sektierertum oder anderem Determinismus vorbehalten. Da der Staat im Marxismus ein Teil des Überbaus ist, ist er auch eine Resultante (wenn auch nicht eine geradlinige) aus der ökonomischen Basis. Wer in revolutionären Brüchen also das Monopolkapital entmachtet, muss ergo nicht extra noch den Staat zerschlagen mit seinen sämtlichen bisherigen Institutionen. Im Gegenteil: Der demokratische Rechtsstaat wird dann ausgebaut, der Graben zu Moskauer Prozessen, zu »Kulturrevolutions«-Garden und Pol Pot noch tiefer. Ob ein bürgerlicher Staat zuerst eine Deutsche Bank (und ihre Industriebeteiligungen) demokratisch enteignet und sich dadurch verändert oder ob zuerst ein anderer Staat da sein muss, um zu vergesellschaften, kann leicht in die Erheblichkeit eines Streits um das Erstlingsrecht von Henne und Ei ausarten.

Bisherigen marxistischen Generationen war es nur schwer möglich, vom Gewaltmonopol der Partei Abstriche zu machen oder sogar ganz abzusehen. Zu kompromisslos

waren sie unter die Bismarckschen Stiefel geraten, unter Noskes und Brünings Polizeiwillkür und in Hitlers Barbareimaschine. Klassenkompromisse, demokratische Gewaltenteilung und die rechtsstaatliche Unschuldsvermutung als Grundelemente des »Code civil« und des Rechtsstaats waren gelegentlich nur schwer einsehbar für solche, die aus dem Konzentrationslager Buchenwald kamen und gütig, gerecht und Rechtsfrieden suchend ihren ss-Peinigern und deren Finanziers in den Chefetagen der Deutschen Bank und der Rüstungskonzerne gegenüberstehen sollten.

Und doch: Vier Jahre nach dem Faschismus entstand das Grundgesetz, als Kampfergebnis des Antifaschismus, von dem Wolfgang Abendroth als »Klassenkompromiss« sprach. Durch die Streiks in der Montanindustrie, die Volksabstimmungen für die Enteignung der Kriegsgewinnler, die vollkommene Delegitimierung der faschismusstützenden Kreise des Monopolkapitals, den Sieg der Roten Armee und durch die Teilerfolge der Roosevelt'schen Demokratische Front in den USA aus Intellektuellen, Politikern und Gewerkschaften, womit immerhin zirka 70 Prozent der Bevölkerung keine wesentlichen Einwände mehr gegen Sozialismus hatten, war ein Dokument entstanden, in dem privates Eigentum zugleich in seinem »Gebrauch auch dem Wohl der Allgemeinheit dienen« musste, ansonsten enteignet würde (Art. 14 und 15 des Grundgesetzes). Der revolutionäre Marxist Wolfgang Abendroth sprach also zum ersten Mal von einem Kompromiss der Arbeiterklasse mit einer geschwächten Monopolbourgeoisie, und damit war logisch zwingend die Option einer demokratisch rechtsstaatlichen Gewaltenteilung auch für die geistigen Erben der Oktoberrevolution implizit greifbar im historischen Raum.

Seit der Zerschlagung des realen Sozialismus haben sich die Kräfteverhältnisse so zugunsten des Monopolkapitals verschoben, dass seine Apologeten tollkühn in kürzester

Zeit jegliches Kleidungsstück der Sozialpartnerschaft beiseite warfen und zwei- bis dreistellige Renditen anstrebten, die nur noch mit Anlageblasen von Investmentbanking und Mammutimmobilien darstellbar wurden. Die Verteidigung des Grundgesetzes bekam in den Konzernmedien und bei ihren Schreibknechten etwas Folkloristisch-Exotisches. Das Monopolkapital und seine Kaste begannen mit der Tilgung selbst der letzten Fußspuren des Klassenkompromisses. Die Zerschlagung des sozialistischen Lagers und die Schwächung der Gewerkschaften ließen sie mit »unbesiegbarem Aussehen« (Brecht) einher stolzieren. Aber doch: Da waren und sind noch Restbestände des demokratischen Rechts- und Sozialstaats.

Wenngleich die EU gegen Sozialstaatlichkeit, Streikrecht, Tariflöhne, VW-Gesetz, Sparkassen in Stellung gebracht wurde. Und zwar überall dort, wo regionaler Widerstand für diese bürgerlich-demokratischen und/oder von der Arbeiterklasse erkämpften Werte den Herrschenden nationalstaatlich noch zu verwurzelt erschienen. Selbst die Trennung zwischen Exekutive und Legislative wurde, etwa im Verhältnis von europäischem Parlament zu EU-Kommission, verwischt. Solange Regierende dem Parlament »erlauben« dürfen, was es zu entscheiden hat, solange gewählte Parlamentarier kein Eigeninitiativrecht haben, ist ein wesentliches Rechtsgut der französischen Revolution, das Primat der Legislative und der Demokratie, außer Kraft gesetzt.

So liegen sämtliche Vertragsdokumente der EU auch meilenweit hinter dem Status des Grundgesetzes (es fehlen die ewigkeitsgebundene Sozialstaatsbindung des Eigentums, das Angriffskriegsverbot und ein belastbares Streikrecht im europäischen Primärrecht), so dass selbst sozialdemokratisch beherrschte Gewerkschaftsführungen zumindest auf einer Implantation einer sozialen Fortschrittsklausel in europäisches Primärrecht insistieren.

(Von einer Gleichgewichtung parlamentarischer Wahlstimmen als »one man - one vote« kann alleine deswegen schon keine Rede sein, weil zum Beispiel Voten kleinerer Staaten wie Malta aus guten Gründen bis zu einem Verhältnis von 1 : 12 hochgewertet wurden. Sie wären sonst wohl auch kaum mit von der Partie namens EU.)

War es in der Vergangenheit bereits zumeist vorschnell, mit »Revolution« Chaos zu assoziieren, so ist es bei den gegenwärtigen Erhebungen europäischer Völker offensichtlich, dass diese einer Wiederherstellung von Ordnung, Recht und Freiheit gelten. Auch der Sozialstaat, wo er das Wort wert ist, besteht aus von der Arbeiterklasse erkämpften und von Teilen der Bourgeoisie hernach umgesetzten Rechtsgütern. Wenn nun in der EU auf den Straßen gefordert wird, den Steueroasen (angefangen mit den europäischen wie Liechtenstein bis zu den Caymans) einen demokratischen Krieg zu erklären (wie es die USA in Fällen von Unbotmäßigkeit erfolgreich praktizieren), wenn gefordert wird, die Konten griechischer Steuerhinterzieher so einzufrieren wie die Konten Ben Alis und Gaddafis, um die Griechenland fehlenden 200 Milliarden dort zu holen, wo sie Großspekulanten hinterbracht haben, dann ist das nichts anderes als die Überwindung einer Unordnung. Wenn die Völker neue Regeln für den sogenannten Finanzmarkt fordern, der kein Markt ist, sondern die Übermacht von Investmentbanken und anderen Großspekulanten, so ist das der Ruf nach einer neuen Ordnung.

Es sind also durchaus auch bürgerliche Wertvorstellungen, die ohne eine demokratische Revolution, ohne demokratische Enteignung und Entmachtung der Großbanken und Oligopole nicht durchsetzbar sind. Und die proletarischen Revolutionäre? Sie betreiben dabei implizit auch das Geschäft

nichtmonopolistischer Bourgeois. Am Horizont schimmert eine europäische Unidad Popular.

Ohne ein Anknüpfen an die großen Zielen der französischen, der russischen, der amerikanischen, der mexikanischen und der chinesischen Revolutionen ist eine europäische Integration in demokratisch sozial- und rechtsstaatlicher Verfasstheit nicht in Zielperspektive zu nehmen. Dass dabei die europäischen Völker kein Gewaltmonopol von Partei und Arbeiterklasse in ihren mittlerweile gewachsenen und kulturell verwurzelten Bewusstseinslagen wünschen, gibt dem Revolutionsbegriff sowohl antiputschistische und antiterroristische Grenzen als auch neue hegemoniale Potenziale.

Eine demokratisch-revolutionäre Veränderung der EU kann ohne eine starke Arbeiterbewegung, als dem zugespitztesten Gegenentwurf zur Kapitalmacht, nicht gelingen. Allerdings ist die Arbeiterbewegung auf sich alleine gestellt auch hilflos. Die breite Bündnisarbeit ist die Voraussetzung für eine wirklich kulturell hegemoniale Entwicklung, die jeglicher demokratischen Umwälzung vorangeht. Hinweise dazu finden sich nicht nur bei Poulantzas, Abendroth, Gramsci und Brecht, sie finden sich sogar praktisch in der neueren Entwicklung. Ein eher zahnloses juristisches Instrument, das die EU-Bürokratie gestattete, nämlich die Europäische Bürgerinitiative, wurde im Internet unter der Adresse www.right2water.eu gestartet. Die EU-Kommission gab nicht viel darauf. Das Limit in den Ländern war einigermaßen hoch und musste auch mit bürokratischen Hindernissen überwunden werden. Aber plötzlich mischte sich die Gewerkschaft ver.di mit ihrem in dieser Frage hoch engagierten Vorsitzenden Frank Bsirske in die Sache ein. Und kurz danach kam es zu einer medialen Ungeheuerlichkeit: Der Kabarettist Erwin Pelzig (Künstlernamen) referierte in der ZDF-Sendung »Neues aus der Anstalt« über die Kostbarkeit von Wasser im Allgemeinen, über die kaum verhüllten

Privatisierungsabsichten der Kommission und die bereits zu Tage getretenen Verschlechterungen und Preiserhöhungen des Wassers in Städten, wo die Wasserprivatisierung mit Erfolg durchgepaukt worden war. Anschließend gab er mit einer an der ZDF-Bürokratie vorbeigetricksten Schwejkschen List die Homepage-Adresse der Bürgerinitiative bekannt. Innerhalb von wenigen Stunden war das Limit nicht nur überschritten, sondern vervielfacht und weit über eine Million Unterschriften vorhanden. Dass im Kernland dieser EU weit über eine Million Unterschriften zusammenkamen, muss dann wohl auch den zuständigen EU-Kommissar Barnier derart beeindruckt haben, dass er zumindest in einem Teilbereich zurückgerudert ist und die Ausschreibungsbedingungen überarbeitete – das ist zwar nicht ausreichend, zeigt aber auf jeden Fall eines: Das Zusammenspiel von Gewerkschaften, Kunst und linker Aufklärung kann auch spürbare punktuelle Erfolge landen. Dies ist umso wichtiger, als sich die EU mit neuerlichen Verhandlungen zur Freihandelszone anschickt, angebliche deutsche Wertarbeit und Gründlichkeit (bei in der EU einzigartigem Senken von Reallöhnen, Steuerdumping, der Agenda 2010 und demnächst 2020) auch anderen Ländern außerhalb Europas überzuhelfen. Am deutschen Wesen soll die Welt genesen, diesmal aber auf dem Rücken oder im Bauch des trojanischen Pferdes EU. Nur eine internationale Vernetzung, die auf einer europäischen Vernetzung basiert, die Künstlerinnen und Künstler, Gewerkschaften und andere fortschrittliche Initiativen zusammenbringt, kann hier, wie es mit den ersten Erfolgen gegen die erleichterte Wasserprivatisierung gelungen ist, den Widerstand lustvoll und ermutigend verbinden.

In jedem Fall muss der Antagonist einer solcherart neubelebten Demokratiebewegung klar und radikal benannt werden: der imperialistische Teil des Finanzkapitals. Wer nämlich nicht möchte, dass anstelle

der demokratischen Perspektive aus Vergesellschaftung von Kreditsektor und Schlüsselindustrie irgendwelche faulen Griechen, Muslime und/oder »Sozialschmarotzer« als Zornkanalisierung und Sündenböcke aufgestellt werden, wer also das Vakuum aus Apathie fürchtet, welches ein jüngerer Sarrazin, ein noch *sozial*demagogischer Wilders, ein vernetzterer Breivik füllen könnte, muss den zweifellos wachsenden Zorn in Südeuropa, aber auch im sogenannten Kerneuropa zivilisieren und demokratisch gestalten. Ihn zu ignorieren hieße, ihn dem braunen Pack kampflös zu überlassen.

Eine demokratische Revolution für Europa schwingt nicht eurozentristisch das Grundgesetz mit dessen demokratischer Sozial- und Rechtsstaatlichkeit über den Köpfen wie weiland die Mao-Bibel. Aber sie muss von den Klassenkompromissen der großen antifaschistischen Zeit 1945–1950 als der großen zitierbaren Ausnahme (neben der italienischen Verfassung) ausgehen. Immerhin definierte das Bundesverfassungsgericht im Juni 1954 den Artikel 15 des Grundgesetzes so, dass damit eine nichtkapitalistische Wirtschaftsordnung auch »wählbar« sei. Was zumindest einen Minimalstandard für revolutionäre Umgestaltung umschreibt.

Im Zentrum einer antimonopolistischen Revolution steht die Entmachtung des Bankensektors als erster größerer Schritt im politischen Raum. Wenn die Sozialdemokratie dieser von ihr neu erkannten Wortwahl auch nur ein paar Taten folgen lassen möchte, so findet sie dafür in ganz Europa nur die radikale demokratische Linke als Partner. Konservative und Liberale scheiden zunächst aus. Ob sich durch eine solche rosarote Kooperation auch die Grünen zum Minimalstandard von Demokratie und Sozialstaat drängen lassen würden, ist unsicher.

Noch ist es ein Für-dumm-Verkaufen der Wählerinnen und Wähler, wenn Herr Steinbrück und Herr Gabriel die Großbanken zu entmachten vorgeben und gleichzeitig das

Hauptziel nach innen kommunizieren, die Linke aus dem Bundestag »zu hauen« oder »unter Wasser zu drücken« (Müntefering). Ohne die Linke gäbe es in den Parlamenten nicht einmal eine rechnerische Mehrheit dafür, die rot-grünen Ermächtigungsgesetze für Hedgefonds und Großspekulanten zurückzuholen.

Noch sind die Pressekonferenzen des Herrn Steinbrück nichts als die Einladung an die Hauptstadtjournaliste: »Helft uns dabei, als alleinige Opposition gegen Bankenmacht zu erscheinen. Helft uns beim Heucheln! Ihr Konzernmedien wollt doch auch, dass die Linken aus dem Bundestag verschwinden! Und wenn wir den linken Meinungsmarkt endlich wieder alleine bewirtschaften, soll Euch Verlagskonzernen auch kein Leid geschehen! Wir von der SPD-Führung waren Euch doch immer gefälliger als die echte Linke ...«

Noch will Steinbrücks Antibankenkonzept den Linken ein Thema und schließlich die Fraktionsstärke nehmen. Aber die Geister, die er rief, müssen ihm nicht ewig folgen.

Das hier vorgelegte Buch stellt den Kampf für den Mindeststandard einer proeuropäischen und damit gegen die EU in ihrer gegenwärtigen Verfassung gerichteten sozial- und rechtsstaatlich orientierten demokratischen Revolution vor, die alle demokratische Bewegung gegen die Macht der Deutschen Bank, Goldman Sachs, die drei Rating-Agenturen oder andere institutionelle Steuerhinterzieher ins Zentrum rückt. Dieser Kampf ist auch deswegen demokratisch, weil er weder dem alten Rassismus, dem antisemitischen, noch dem Neorassismus, der sich wie der Osloer Attentäter auf die nordamerikanische und israelische »Elite« beruft, auch nur einen Millimeter Platz lassen will. In den letzten zwanzig Jahren wurde immer mehr deutsche Konzernmacht gestärkt, wenn für Europa geschwätzt wurde. Es wurde Kriegsbeteiligung und Kriegsvorbereitung gegen Belgrad bis Tripolis betrieben, wenn vom ewigen Frieden der

europäischen Völker durch die EU geschwärmt wurde. Und es wurden zu viele Wählerprozentente für Rassisten, Neorassisten und andere Rechtsextreme erzielt, wo die Medien- und Meinungskaste zum Zählappell des Pro-Europäismus angetreten war.

Es ist vielleicht vorstellbar, dass Sozialstaaten ohne Europa überleben. Europa und seine wahrhafte Vereinigung sind ohne Sozialstaat nicht zu entfalten. Aber solches ist mit kleinen Schritten kaum mehr zu erreichen, sondern wird, das mag leid tun, nur mit langem revolutionären Atem möglich.